

tische Biographie auf ideengeschichtlicher Grundlage zu schreiben. Indem der Bürger Ludwig Bamberger auf den Politiker reduziert wird, geht einiges von dem verloren, was seine kritische Haltung gegenüber dem deutschen Bürgertum sicherlich mitgeprägt hat. Dazu gehören z. B. seine scharfsinnigen Analysen deutscher Gemütlichkeit und Umgangsformen, die er aus der Perspektive eines Kenners der »guten Gesellschaft« in England und Frankreich in kleineren journalistischen Beiträgen vorlegte. Auch hätte man sich gewünscht zu erfahren, welche Bedeutung sein Wahlkreis Bingen-Alzey für ihn hatte; die Verf. beschränkt sich hier auf Vermutungen. In der Rezeption der Sekundärliteratur geht sie nicht über den engen Rahmen ihres Themas hinaus; die neueren Biographien zu Lasker oder Schulze-Delitzsch werden beispielsweise nicht zum Vergleich herangezogen. So bleibt offen, inwieweit Bamberger als repräsentativ für eine bestimmte Generation liberaler Politiker gelten kann. Auch die Analyse von Bambergers Haltung zur Arbeiterfrage hätte sicherlich gewonnen, wenn die eine oder andere neuere Untersuchung zum Verhältnis von Liberalismus und Arbeiterbewegung zur Kenntnis genommen worden wäre; die einzige Sekundärliteratur, die die Verf. dazu zitiert, eine nicht näher gekennzeichnete Arbeit von (Theodor oder Wilhelm?) Mommsen über Ferdinand Lassalle (S. 21), die auch im Literaturverzeichnis nicht auftaucht, repräsentiert sicherlich nicht den neuesten Stand der Forschung.

Solche Einwände sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Marie-Lise Weber einen wichtigen Beitrag zur Historiographie des deutschen Liberalismus vorgelegt hat, der auch für die Interpretation der Geschichte des deutschen Bürgertums Anregungen bietet.

*Christiane Eisenberg, Hamburg*

Shlomo Na'aman, Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 81), Droste Verlag, Düsseldorf 1987, 360 S., Ln., 58 DM.

Die Form der preußisch-deutschen Reichsgründung, von Bismarck dominiert, aus Kriegen hervorgegangen, hat oft dazu geführt, den hohen Anteil der Nationalbewegung an der deutschen Nationalstaatsgründung zu unterschätzen. Das mag der Grund dafür sein, daß der Nationalverein nie umfassend untersucht worden ist. Am Quellenmaterial lag es jedenfalls nicht. Der Verein hat als Organisation in beträchtlichem Umfang Dokumente hinterlassen, von zahlreichen prominenten Mitgliedern liegen Nachlässe vor, viele Staatsarchive bieten ergänzendes Material, und da der Verein die nationale Öffentlichkeit prägen wollte, hat sein Wirken in der Presse viele Spuren hinterlassen. Shlomo Na'aman hat diese zahlreichen, allerdings weit verstreuten Quellen ausgewertet und zu der umfassendsten Gesamtdarstellung verarbeitet, die dem Nationalverein je gewidmet worden ist. Im Mittelpunkt steht die politische Tätigkeit in Preußen; für die anderen Staaten, vor allem für die süddeutschen, werden eher kursorische Überblicke auf der Grundlage vorliegender Studien gegeben. Die breite Mitgliedschaft, deren Sozialprofil in den einzelnen Staaten und Orten sehr unterschiedlich gewesen ist und sich im Laufe der Zeit erheblich verändert hat, interessiert Na'aman weniger. Er konzentriert sich auf die Spitze des Vereins und auf dessen Öffentlichkeitsarbeit, die von den Vereinshonoratioren gesteuert wurde. Der Presse ist ein eigenes Kapitel gewidmet, ebenso den »verbündeten Organisationen«, zu denen er u. a. die Turn-, Wehr- und Schützenvereine rechnet. Ob sie wirklich »Satellitenorganisationen« (S. 119) waren, müßten spezielle Arbeiten klären, die es bislang nicht gibt. Den letztlich gescheiterten Versuchen des Nationalvereins, die Arbeiter und ihre Organisationen in bürgerliche Obhut zu nehmen, wird ebenfalls breiter Raum eingeräumt. Hier kann Na'aman anknüpfen an seine wichtigen Veröffentlichungen zur frühen Arbeiterbewegung, die nun gewissermaßen von der Gegen-

seite her ergänzt werden. Liest man seine Studien und Editionen im Zusammenhang, so gewinnt man einen tiefen Einblick in das politische Leben während der Reichsgründungsära und vor allem in den Wandel, der sich seit 1859 vollzog, als die nachrevolutionäre Erstarrung und die staatliche Repression endeten bzw. sich lockerten. Es war nicht zuletzt das Werk des Nationalvereins, dem neuen politischen Aufschwung ein organisatorisches Gehäuse und ein Diskussionsforum geboten zu haben.

Die erste, bis 1863/64 reichende Entwicklungsphase stellt Na'aman ausführlich dar, mit Rückblicken in die Revolutionsjahre 1848/49, die er allerdings anders wertet, als es in der neueren Literatur üblich ist. Das gilt z. B. für seine Auffassung, in Frankfurt sei ein unerfahrenes »Professorenparlament« zustande gekommen, weil sich mit der deutschen Einheit »kein Lebensinteresse« (S. 30) verbunden habe. Es trifft auch nicht zu, daß die Paulskirche »eine nur beratende Versammlung« (S. 31) gewesen sei. Wichtig ist hingegen Na'amans Nachweis, daß in den programmatischen Äußerungen des Nationalvereins der Reichsverfassung von 1849 ein integrativer Symbolwert zufiel, dessen politische Wirkkraft darin lag, daß sich unterschiedliche Erwartungen mit der Verfassung verknüpfen ließen. Zu den Gemeinsamkeiten gehörte auch, was Na'aman »deutsche Ideologie« nennt: eine protestantisch geprägte nationaldeutsche Haltung, die im Namen der Nation sich gegen äußere und innere »Feinde« richtete. Der aggressive Nationalismus, der nach der Reichsgründung entstand, sei in dieser »deutschen Ideologie«, die kleindeutsche und großdeutsche Programme gleichermaßen durchdrungen habe, vorgebildet worden. »Kleindeutsch war kein Verzichtdeutsch; Kleindeutsch war eine politische Taktik, um den Machtstaat der Zukunft auf die Beine zu stellen.« (S. 98) Wer den kleindeutschen Nationalstaat wollte, suchte zwar eine Reichsgründung ohne Österreich zu verwirklichen, »aber nachher hatte der gesamte Raum eines großen Österreich der deutschen Macht zur Verfügung zu stehen.« (Ebda.)

Ausführlich analysiert wird auch die Krise, in die der Nationalverein 1863/64 geriet, als im Krieg gegen Dänemark die Entwicklung in Schleswig und Holstein einen anderen Verlauf nahm, als der Nationalverein gehofft hatte. Nun brachen die inneren Spannungen auf, und die Linke wurde in der Vereinsspitze ausgeschaltet. Seit 1865 begann sich der alte Nationalverein dann aufzulösen, indem sein rechtsliberaler Restbestand in die Nationalliberale Partei überging, während den »demokratischen Linksliberalen« (S. 215) die analoge Gründung einer deutschen Volkspartei nicht gelang.

Diese Entwicklungsprozesse, die gescheiterten Hoffnungen und die Faktoren, die für das Scheitern verantwortlich sind, werden von Na'aman ausführlich auf breiter Quellengrundlage untersucht. Für problematisch halte ich jedoch das Leitmotiv, dem die Studie in Analogie zu einem früheren wichtigen Werk Na'amans »Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63« (Assen 1974) folgt: »politische Konstituierung des deutschen Bürgertums«. Na'amans Werk durchzieht der Schmerz, daß diese Konstituierung nicht gelungen ist, daß Klassenparteien die Idee des klassenübergreifenden Nationalvereins so früh ablösten. Man wird aber fragen müssen, ob diese Idee einer gesamtbürgerlichen Bewegung in den 60er Jahren noch Realisierungschancen besaß. Sie stammte aus der vor-industriellen Zeit, und sie wirkte zweifellos auch noch in den 60er Jahren. Doch dieses klassenharmonische vor-industrielle Gesellschafts- und Politikmodell hatte sich bereits in der Revolution von 1848/49 als unrealisierbar erwiesen, und seit den 60er Jahren verlor es angesichts der raschen Industrialisierung vollends seine Glaubwürdigkeit. Der Nationalverein konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Seine – wenn auch nur wenige Jahre bestehende – große politische Bedeutung zeigt jedoch, welche enorme politisch-soziale Integrationskraft damals von der Idee des Nationalstaats ausging. Sie führte Menschen zusammen, die sehr unterschiedliche Vorstellungen vom künftigen Staat und von der künftigen Gesellschaft besaßen, im gemeinsamen Ziel Nationalstaat jedoch übereinstimmten. Das Sprachrohr dieser Gemeinsamkeit gewesen zu sein, macht die Bedeutung des Nationalvereins aus – und bezeichnet seine Grenzen. »Das« deutsche Bürgertum hat sich in ihm nie politisch konstituiert, doch

keine andere Organisation hat rund ein halbes Jahrzehnt so viel zur Politisierung des Bürgertums in den deutschen Staaten beigetragen wie der Nationalverein. Dies nachgezeichnet zu haben, ist das Verdienst Shlomo Na'amans.

*Dieter Langewiesche, Tübingen*

Hans-Georg Aschoff, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 83), Droste Verlag, Düsseldorf 1987, IX, 433 S., Ln., 78 DM.*

Die vorliegende Studie wurde im Sommer 1986 der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Hannover als Habilitationsschrift vorgelegt. Der Autor ist seit 1975 am dortigen Historischen Seminar tätig.

Ausgangspunkt für seine Arbeit bilden die Ereignisse im Zusammenhang mit der Auflösung des Königreiches Hannover durch Preußen im Jahre 1866. Der Verlust der eigenen Staatlichkeit wurde zum Kristallisationspunkt einer antipreußischen Sammlungsbewegung, die zunächst als Hannoverscher Wahlverein, später als Deutschhannoversche Partei einen beträchtlichen Zulauf erhielt. Im Laufe der Zeit standen sich in der preußischen Provinz Hannover praktisch zwei Wahlblöcke gegenüber: die preußen- und regierungsfreundlichen Nationalliberalen, die reichsweit im Bündnis mit den Freikonservativen Bismarcks Politik unterstützten, und ein Oppositionsblock aus Welfenpartei und dem katholischen Zentrum, der sich seit den späten 70er Jahren zur einflußreichen politischen Kraft entwickelte.

Die Einverleibung Hannovers in das preußische Herrschaftsgebiet, betont Aschoff, entsprang keiner gezielten Annexionspolitik Bismarcks. Vielmehr hatten der Sieg über Österreich 1866 und die daraus resultierende starke Stellung Preußens günstige Voraussetzungen geschaffen, die eigene Machtstellung auszubauen und zugleich dem Problem einer bedenklichen Österreich-Sympathie im Königreich Hannover entgegenzutreten. Nicht zuletzt hatten der Abbruch der Neutralitätsverhandlungen mit Preußen durch Georg V. und die Ablehnung des preußischen Ultimatums, ein Bündnis einzugehen, die Streitkräfte zu reduzieren und den preußischen Oberbefehl über die verbündeten Truppen zu akzeptieren, maßgeblich dazu beigetragen, das Ziel der deutschen Einigung auch über das Königreich und seine territorialen wie dynastischen Rechte hinweg zu verwirklichen.

Die Mißbilligung dieser Annexionspolitik wurde zur Hauptgrundlage der welfischen Oppositionsbewegung. Über dies hinaus verbanden die Reichstagskandidaten allenfalls vage föderalistische Zielsetzungen wie die Eindämmung des preußischen Zentralismus und die Aufrechterhaltung eigenständiger regionaler Rechte und tradiertener Einrichtungen. Trotz der föderalistischen und christlich orientierten Grundausrichtung der DHP, die sie in zeitweilig enge Verbindung zur Zentrumspartei brachte, fehlte ihr letztlich eine klare programmatische Ausrichtung, wie sie der politische Katholizismus oder die Arbeiterbewegung besaßen. Grundsätzlich konservativ ausgerichtet, blieb doch das einzig bindende Element für Parteimitglieder wie ihre Wählerschaft die Restaurationsforderung für das hannoversche Königreich.

Aschoff geht im Verlauf seiner Arbeit detailreich der Entstehung und Entwicklung, den Organisationsstrukturen und der Programmatik der Deutschhannoverschen Partei während des Kaiserreiches und ihren Beziehungen zur Zentrumspartei nach. Es geht ihm darum, nicht nur die Umstände aufzuzeigen, die eine Zusammenarbeit der heterogenen Gruppierungen ermöglichten, sondern auch die Gründe, die schließlich zur Aufkündigung des politischen Zweckbündnisses führten. Daneben geht der Autor zugleich den Besonderheiten des »niedersächsischen« Regionalismus und Partikularismus nach.